



Center for Research in Economics, Management and the Arts

# Personenfreizügigkeit: Wann ist sie gut und wie wird sie gut?

Reiner Eichenberger und David Stadelmann

Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik No. 2016-02

CREMA Südstrasse 11 CH - 8008 Zürich [www.crema-research.ch](http://www.crema-research.ch)

## **Personenfreizügigkeit: Wann ist sie gut und wie wird sie gut?**

Reiner Eichenberger\* und David Stadelmann  
Universität Fribourg, Universität Bayreuth und CREMA

Die Personenfreizügigkeit sehen viele als Kernelement der EU und Wohlstandstreiber. Doch plötzlich scheint sie die europäische Idee zu bedrohen. Die knappen Volksentscheide in Großbritannien für den Brexit und 2014 in der Schweiz für die Masseneinwanderungsinitiative zielen darauf, die Zuwanderung wieder zu begrenzen. Auch die führenden Politiker der EU vertreten die Personenfreizügigkeit nicht uneingeschränkt und allgemein: Kaum einer möchte sie auf ärmere Nachbarländer und Flüchtlinge ausdehnen. Hingegen ist sie auf nationaler Ebene selbst in Grossbritannien und der Schweiz völlig unbestritten. Weshalb also wird Personenfreizügigkeit so unterschiedlich gesehen? Im Folgenden diskutieren wir ihre Auswirkungen stufenweise, indem wir das die politische Diskussion dominierende Denken in nur zwei Produktionsfaktoren um verschiedene Gleichgewichtsmechanismen und weitere Produktionsfaktoren erweitern. Sodann entwickeln wir konkrete Vorschläge, wie Personenfreizügigkeit wieder für alle vorteilhaft werden kann.

### **Freier Personen- vs. freier Güterverkehr**

Für die Wandernden hat Personenfreizügigkeit offensichtliche Vorteile: Sie können dorthin wandern, wo sie am meisten aus ihrem Leben machen können. Doch Personenfreizügigkeit hat nicht nur diesen „*Freiheitseffekt*“, sondern sie betrifft auch die Sesshaften und die Einwohner insgesamt. Die Befürworter der EU-Personenfreizügigkeit betonen stets die

---

\* Prof. Dr. Reiner Eichenberger ist Ordinarius für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Fribourg sowie Forschungsdirektor von CREMA (Center for Research in Economics, Management and the Arts).  
Prof. Dr. David Stadelmann ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth und Research Fellow von CREMA (Center for Research in Economics, Management and the Arts).

Analogie zu Freihandel. So wie freier Güterverkehr erhöhe auch freier Personenverkehr den Wohlstand in allen Teilnehmerländern.

Dank Freihandel fließen Güter dorthin, wo sie besonders knapp sind. Die Exportländer gewinnen, weil die Güter so einen höheren Erlös als im Inland bringen, und in den Importländern wachsen die Konsummöglichkeiten. Ganz analog wandern bei freiem Personenverkehr die Menschen aus Ländern mit tiefer Kapitalausstattung in Länder mit hoher Kapitalausstattung, wo Arbeitskräfte knapp und die Löhne hoch sind. Die Auswanderungsländer gewinnen, weil ihre Bürger als Auswanderer höhere Löhne als zuvor erzielen können, und im Inland die Kapitalknappheit abnimmt. Die Zuwanderungsländer gewinnen, weil die Zahl der Arbeitskräfte und so das Gesamteinkommen wächst.

Für die Bürger zählt aber zumeist nicht das Gesamteinkommen, sondern das Einkommen pro Kopf als Wohlstandsmass. Bei Freihandel steigen in den Export- und Importländern im Regelfall das Gesamteinkommen bei konstanter Einwohnerzahl und damit das Einkommen pro Kopf, während der Nutzen pro Einheit der importierten Güter sinkt. Bei Personenfreizügigkeit hingegen verändert sich auch die Einwohnerzahl. In Auswanderungsländern steigt das Einkommen pro Kopf bei sinkender Einwohnerzahl. In Zuwanderungsländern steigt zwar das Gesamteinkommen, aber bei wachsender Einwohnerzahl. Weil die Knappheit an Arbeitskräften sinkt, sinken die Löhne. Das ist schlecht für die einheimischen Arbeitskräfte und gut für die Arbeitgeber, die zudem vom Einsatz der neu-zugewanderten Arbeitskräfte profitieren. Interessant ist der Gesamteffekt auf das Einkommen pro Kopf: Genau wie beim freiem Güterverkehr die Wertschöpfung pro Einheit der importierten Güter sinkt, sinkt beim freien Personenverkehr die Wertschöpfung pro Arbeitskraft und damit das Einkommen pro Kopf, weil der durchschnittliche Kapitaleinsatz pro Arbeitskraft und so die Produktivität sinkt. In den Zuwanderungsländern kann Personenfreizügigkeit also einen *Umverteilungseffekt* von den Arbeitnehmern zu den Arbeitgebern bewirken. Dies dürfte auch erklären, warum sich Arbeitgebervertreter so engagiert für Personenfreizügigkeit einsetzen.

### **Kapitalmobilität bringt Hoffnung**

Die veränderten Knappheiten lösen weitere Reaktionen aus. Weil im Zuwanderungsland Arbeit weniger knapp und Kapital knapper wird, fließt neues Kapital aus dem Ausland zu. Wenn Kapital zu konstanten Kosten frei zufließen kann, völlig ungehindert investiert werden kann, und die Produktion zu konstanten Kosten ausdehnbar ist, gibt es dank folgendem Gleichgewichtsmechanismus keinen negativen Effekt auf das Einkommen pro Kopf: Sobald

die Zuwanderung auf die Löhne drückt, sinken auch die Lohnkosten der Arbeitgeber. Dadurch wird das Land zu einem attraktiveren Standort, wodurch Kapital und Investitionen in neue Arbeitsplätze angezogen und weniger Arbeitsplätze ausgelagert werden. Es fließt so lange Kapital zu, bis das optimale Kapital-Arbeits-Verhältnis wieder erreicht ist und die Wertschöpfung pro Arbeitskraft wieder auf dem „normalen“ Niveau ist. Diese Annahmen liegen vielen Gutachten zugrunde, mit denen für Personenfreizügigkeit geworben wird und die in den Abstimmungskämpfen in Großbritannien und der Schweiz eine prominente Rolle gespielt haben. Während sie für die meisten Länder unrealistisch ist – ansonsten würden wohl nicht die Menschen in die kapitalreichen Zuwanderungsländer wandern, sondern das Kapital in die arbeitsreichen Auswanderungsländer fließen – sind sie für die wirtschaftlich erfolgreichen typischen Zuwanderungsländer wie die Schweiz mit 1 Prozent Nettozuwanderung in den letzten 10 Jahren und wohl auch Großbritannien mit 0,4 Prozent Nettozuwanderung sowie Deutschland einigermmaßen realistisch.

Die Eigenschaften der Gleichgewichte werden aber oft falsch interpretiert. So betonen Wirtschaftsvertreter stereotyp, Personenfreizügigkeit führe nicht zu Lohndruck. Zugleich preisen Sie die Personenfreizügigkeit, weil sie ihnen helfe, ihren Bedarf an Fachkräften zu decken. Die beiden Aussagen sind aber inkonsistent: Es gibt ja nur dann keinen Lohndruck, wenn die Arbeitsplatzzahl im Gleichschritt mit der Zuwanderung wächst. Doch dann wird es für die Unternehmungen auch nicht leichter, Personal zu finden. Genau wie das Lohnniveau ist auch der Fachkräftemangel Resultat eines Gleichgewichtsprozesses: Die freie Zuwanderung senkt kurzfristig den Fachkräftemangel und steigert so die Standortattraktivität. Das zieht neue Firmen an. Diese stellen aber nicht nur Zuwanderer an, sondern auch viele Mitarbeiter, die sonst in anderen einheimischen Firmen arbeiten würden. Dadurch erhöht sich der Fachkräftemangel aber wieder auf das „normale“ Niveau. Deshalb ist der Fachkräftemangel in den Zuwanderungsländern auch nach vielen Jahren mit Personenfreizügigkeit behoben sondern hält unvermindert an.

### **Das Paradies ist kein Gleichgewicht**

Oft wird argumentiert, die Auswirkungen der Zuwanderung würden doch entscheidend von den Qualifikationen der Wandernden abhängen. Wenn besonders Hochqualifizierte wandern, bringt das dem Einwanderungsland auf den ersten Blick offensichtliche Vorteile. Das durchschnittliche Qualifikationsniveau steigt, was tendenziell auch die gesamtwirtschaftliche Produktivität und die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft steigen lässt. Zudem bescheren hoch qualifizierte Einwanderer dem Staat im Regelfall mehr Einnahmen als Ausgaben. Dem stehen nicht nur die Wirkungen auf die Auswanderungsländer gegenüber, die im Normalfall

unter der Abwanderung Hochqualifizierter leiden – Stichwort brain-drain – und nur unter sehr speziellen Bedingungen profitieren, etwa wenn die Auswanderer einen großen Teil ihrer Einkommen in ihr Heimatland senden oder der Ausbildungsanreiz im Heimatland durch die Möglichkeit der Emigration stark steigt.

Damit führt besonders hochqualifizierte Migration tendenziell zu höheren Einkommen im Empfängerland aber sie kann zu negativen Effekten im Auswanderungsland führen. Die positiven Wachstumswirkungen im Empfängerland werden jedoch durch zwei Faktoren gebremst. Zum einen bewirken die Lohnsteigerungen zusätzliche Einwanderung, was die Löhne wieder drückt, aber damit wiederum einen neuen Wachstumszyklus auslösen kann: Wenn Zuwanderung einem Land systematisch Vorteile bringt und so seine Standortattraktivität weiter wächst, zieht das weitere Zuwanderung nach sich. Wenn die neuen Zuwanderer tendenziell unqualifiziert sind, geht der erste positive Effekt wieder verloren. Insgesamt ergibt sich dadurch ein paralleles Wachstum der Gesamtwirtschaft und der Einwohnerzahl, bei leicht erhöhtem Prokopfeinkommen. Das Gesamtwachstum wird aber durch einen weiteren Gleichgewichtsmechanismus begrenzt.

### **Der dritte Faktor**

Neben Arbeit und Kapital gibt es weitere Produktionsfaktoren, die wenigstens kurzfristig nur zu steigenden Kosten vermehrt und eingesetzt werden können, insbesondere Boden, Infrastruktur oder verschiedene Umweltgüter. Wenn ein besonders attraktiver Standort viele Zuwanderer anzieht und so die Bevölkerung schnell wächst, werden dort diese weiteren Faktoren knapper, d.h. die verfügbaren Faktoren pro Einwohner und so auch die Lebensqualität nehmen ab, und ihre Preise steigen. Dies könnte man den *Überfüllungseffekt* der Personenfreizügigkeit nennen. Ein offensichtliches Beispiel sind die mit dem schnellen zuwanderungsbedingten Bevölkerungswachstum steigenden Bodenpreise und Verkehrsstaus. Ein interessantes politisch bedingtes Beispiel sind die Kosten von Treibhausgasemissionen. Da in den internationalen Abkommen zur Reduktion der Treibhausgase die Emissionsziele der Länder im Regelfall in absoluten Zahlen festgelegt sind, nehmen die Kosten zur Erreichung der Ziele infolge Zuwanderung überproportional zu.

Durch die Zuwanderung gleicht sich die Lebensqualität an den verschiedenen Orten an und unterscheidet sich schließlich nur noch im Ausmaß der Wanderungskosten: In Gebieten mit Immigration steigen die Immobilienpreise und die Zeitkosten durch Übernutzung der Infrastruktur, während in Gebieten mit Emigration die Preise tendenziell fallen. Tatsächlich ist die Welt voller solcher Wanderungsgleichgewichte. So ist München ein besonders attraktiver

Standort mit vielen Vorteilen aber auch vergleichsweise hohen Immobilienpreisen. Ähnliches gilt für den reichsten Schweizer Kanton Zug, der neben einer besonders guten Lage auch bedeutend tiefere Steuern als die meisten anderen Kantone hat. Aber warum ziehen nicht viel mehr Leute nach München oder Zug? Einfach weil die Boden- und Mietpreise und all die anderen natürlichen knappen Faktoren die Vorteile praktisch vollständig kompensieren und die verbleibenden Unterschiede den Wanderungsaufwand nicht rechtfertigen: Der Umzug lohnt sich im Normalfall nur noch für besonders gut Verdienende. Die Gewinner dieses Mechanismus sind diejenigen, die große Mengen der knapper werdenden Faktoren besitzen, also etwa mehr Immobilien, als sie zum Eigenbedarf benötigen. Die Verlierer hingegen sind die bisherigen Einwohner, die keine oder wenig der knapper werdenden Faktoren besitzen. Der beschriebene Mechanismus ist der zweite bedeutende *Umverteilungseffekt* der Personenfreizügigkeit, diesmal zu den Besitzern von Grund und Boden.

### **Die Schuldenfalle und Anreize zu schlechter Politik**

Zugunsten von Zuwanderung wird regelmäßig argumentiert, dank ihr würden die Staatsschulden auf mehr Schultern verteilt und so besser tragbar. Das ist falsch. Die meisten für Einwanderer attraktiven Staaten haben nicht Schulden, sondern bedeutende Nettovermögen, sobald ihre Vermögenswerte wie Infrastruktur, öffentliche Unternehmungen, Gebäude und Boden berücksichtigt werden. Für Deutschland etwa weist das Statistische Bundesamt für 2014 trotz gut 2000 Milliarden Euro Staatsschulden ein Reinvermögen als Differenz von Vermögenswerten und Schuld von 408 Milliarden Euro aus, also immerhin rund 5000 Euro pro Kopf (Statistisches Bundesamt 2015). Mit entscheidend ist dabei der Wert des Bodens im Staatsbesitz von geschätzten 426 Milliarden Euro. In der Schweiz beläuft sich das offiziell ausgewiesene Eigenkapital der verschiedenen staatlichen Ebenen trotz Schulden von 220 Milliarden Franken auf über 60 Milliarden Franken (Eidgenössische Finanzverwaltung 2016) – bei sehr konservativer Bewertung insbesondere des staatlichen Bodenbesitzes. In Staaten mit einem Nettovermögen bringt die Zuwanderung eine Reduktion des Vermögens pro Kopf, was eine Form des *Überfüllungseffekts* darstellt.

Damit ergibt sich folgendes Zwischenergebnis: Personenfreizügigkeit ist für die Wandernden natürlich positiv (Freiheitseffekt). Dank Kapitalmobilität hat sie in den Zuwanderungsländern keine negativen Effekte auf den Arbeitsmarkt, weil die Arbeitsplätze im Gleichschritt mit den Arbeitskräften wachsen. Die Zuwanderung kann aber in den Zuwanderungsländern zu Überfüllungs- und Umverteilungseffekten führen. Gewinner sind die Besitzer der knapper werdenden Faktoren, insbesondere also die Bodenbesitzer. Verlierer sind hingegen diejenigen Einwohner, die keine oder wenige der knappen Faktoren besitzen.

Aus dem Zusammenspiel wirtschaftlicher Effizienzeffekte sowie den Überfüllungs- und Umverteilungseffekten ergibt sich schließlich ein *negativer politischer Anreizeffekt*: Wenn die Einwohner von Ländern mit tiefen öffentlichen Nettovermögen frei in solche mit hohen Nettovermögen umziehen, senkt das die Anreize von Politikern und Wählern, den Standort zu pflegen, weil mit der Standortattraktivität die Zuwanderung und die mit ihr verbundenen Effekte zunehmen. Die negativen politischen Anreize sind im öffentlichen Diskurs in der Schweiz gut sichtbar, etwa wenn die Linksparteien gegen tiefere Unternehmenssteuern argumentieren, diese zögen nur mehr Zuwanderung an.

### **Symmetrische Wanderung ist gut**

Die Wirkung des freien Personenverkehrs hängt von der relativen Bedeutung des Freiheitseffekts einerseits und der Überfüllungs- und Umverteilungseffekte andererseits ab. Letztere sind umso größer, je asymmetrischer die zu erwartenden Wanderungsströme sind und so einzelne Länder über viele Jahre eine hohe Zuwanderung aufweisen. Wenn die erwarteten Wanderungsströme hingegen symmetrisch sind, also in die einzelnen Länder ähnlich viele Menschen aus- und einwandern, sind die Überfüllungs- und Verteilungseffekte minim, so dass der Freiheitseffekt überwiegt und die Personenfreizügigkeit insgesamt vorteilhaft ist. Daher war es auch lange ein Bestreben der europäischen Integration vor Einführung der Personenfreizügigkeit, die Einkommensunterschiede möglichst zu nivellieren, so dass symmetrische Wanderungsströme resultieren. Wie die Erfahrungen zeigen, ist das nicht vollauf gelungen. Wie also kann die Symmetrie gestärkt werden?

Größe und Richtung der zu erwartenden Wanderungsströme hängen von den erwarteten Nutzen und Kosten der Migranten ab. Ihre Nutzen bestehen im Zugewinn an Lebensqualität, was sich insbesondere auch in Form höherer Löhne als im Herkunftsland äußert. Die Lebensqualität hängt von der Qualität der Politik, und diese von der Qualität der politischen Institutionen ab. Denn letztere bestimmen, ob die Politik den Bürgern, gut organisierten Interessengruppen oder den Eigeninteressen der „politischen Klasse“ dient. Die Kosten der Wanderung hängen neben einer bestimmten Heimatliebe stark von den Lebenshaltungskosten und somit insbesondere den Wohnkosten ab. Aufgrund von Überfüllungseffekten sind diese an jenen Orten hoch, wo es den Menschen gut geht und wo sie deshalb leben möchten. Aus dem Kalkül der Migranten und den beschriebenen Marktreaktionen ergeben sich aber nicht schnell neue Gleichgewichte, in denen die Wanderung wieder symmetrisch ist. Weil die Liegenschaftsmärkte oft nur verzögert reagieren können, die Wanderungskosten über die Jahre sinken und immer neue Geburtenjahrgänge ins wanderungsfähige Alter kommen, können sich „Flussgleichgewichte“

ergeben, in denen die Wanderungsströme noch für viele Jahre von den relativ armen zu den relativ reichen und von den relativ schlecht regierten zu den relativ gut regierten Ländern fließen. Deshalb ist zu erwarten, dass die Überfüllungs- und Umverteilungseffekte in den bisherigen Zuwanderungsländern noch länger andauern und über die Jahre kumulieren, dass also die Personenfreizügigkeit in den heutigen Zuwanderungsländern zunehmend als Problem wahrgenommen werden wird.

### **Wanderungssymmetrie schaffen**

Zur Stärkung symmetrischer Wanderungsmuster müssen die Lebenschancen in den Aus- und Zuwanderungsgebieten angeglichen werden. Drei Maßnahmen sind möglich:

Erstens kann die finanzielle Umverteilung von den Zuwanderungs- zu den Auswanderungsländern gestärkt werden. Damit werden aber die Kosten der Überfüllungs- und Umverteilungseffekte nur von der wirtschaftlichen auf die politische Ebene verschoben. Zudem ist dieser Mechanismus kaum anreizkompatibel. Umverteilung von den relativ reicheren in die relativ ärmeren Gebiete bringt oft wenig für die Lebensqualität und damit zu für eine Reduktion der Migration. Umverteilung senkt auch Anreize der ärmeren Regionen über die Zeit aufzuholen.

Zweitens können die Kompensationsmechanismen über den Markt gestärkt werden, so dass sich die Standortvor- und Nachteile schneller und vollständiger in den Boden- und Mietpreisen spiegeln und so die Lebensqualität zwischen den EU-Ländern ausgeglichener und die Wanderung symmetrischer wird. Damit werden die Kosten der Umverteilungseffekte aber nur zeitlich verschoben. Zudem geht die Politik in vielen Ländern genau in die gegenteilige Richtung. Sie verhindert durch Regulierung des Mietmarktes und Wohnbausubventionen diesen Anpassungsmechanismus systematisch und fördert dadurch die Zuwanderung.

Drittens kann die Qualität der Politik in den verschiedenen Regionen angeglichen werden. Das kann durch eine Harmonisierung der Politik von oben zu erzwingen versucht werden. Das ist der Weg, der vielen EU-Politikern vorschwebt. Er ist aber nur dann gangbar und sinnvoll, wenn die betreffenden Länder nicht bereits jetzt von der Personenfreizügigkeit profitieren oder Mitspracherechte bei Entscheidungen haben. Denn das Risiko bei einer Harmonisierung von oben ist groß, dass dabei nicht eine gute, sondern eine schlechte zentrale Politik für alle herauskommt mit massiver Umverteilung. Der Königsweg ist deshalb ein anderer:



Die Angleichung der Qualität der Politik soll durch eine Angleichung der Qualität der politischen Institutionen erwirkt werden. Nur wenn die EU-Länder auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene ähnlich funktionsfähige Institutionen – nennen wir sie *äquivalente Institutionen* – haben, sind auch die politischen Maßnahmen und so die wirtschaftlichen Ergebnisse sowie die Lebensqualität von ähnlicher Qualität. In der Vergangenheit hatte die Europäische Union lange und teilweise auch erfolgreich vor der Aufnahme neuer Mitglieder versucht, dort äquivalente Institutionen zu fordern. Entsprechend mussten die bestehenden Mitgliedsstaaten dann nicht fürchten, unter asymmetrischen Wanderungsströmen mit ihren Überfüllungs-, Umverteilungs- und politischen Anreizeffekten zu leiden. Die Personenfreizügigkeit hat bei äquivalenten Institutionen der beteiligten Länder und Regionen vor allem einen positiven Freiheitseffekt. Entsprechend würden viele Personen von der Personenfreizügigkeit profitieren und niemand würde verlieren.

Das führt zurück zur Feststellung, dass Politiker und Bürger die Personenfreizügigkeit je nach politischer Ebene völlig unterschiedlich beurteilen: Innerhalb von Ländern, in denen die politischen Institutionen zwischen den einzelnen Regionen weitgehend äquivalent sind, hat Personenfreizügigkeit vor allem den Freiheitseffekt. Dementsprechend ist sie erwünscht und unbestritten. Die Personenfreizügigkeit zwischen Staaten stößt auf umso mehr Widerstand, je ungleicher die Lebensverhältnisse und die dafür verantwortlichen politischen Institutionen sind. Der Personenfreizügigkeit zwischen Deutschland und Österreich oder Großbritannien und Irland steht so gut wie niemand entgegen. Mit zunehmender Ungleichheit wird es aber offensichtlicher, in welche Richtung die Wanderungsströme in Zukunft fließen werden, und entsprechend treten Überfüllungs- und Umverteilungseffekte und schließlich sogar mögliche negative politische Effizienzeffekte auf.

Diese Überlegungen erhellen auch einen weiteren Unterschied zwischen Freihandel und Personenfreizügigkeit. Freihandel führt vergleichsweise schnell zu symmetrischen Handelsströmen, weil die Importe in ein Land über den Wechselkurs- und Preismechanismus die Exporte aus diesem Land begünstigen. Ein solcher Symmetriemechanismus über den Markt fehlt bei der Personenfreizügigkeit beziehungsweise kommt er über den Preiseffekt bei Grund und Boden eher langsam zustande.

### **Personenfreizügigkeit mit Zuwanderungsabgaben**

Schließlich bleibt die Frage, was getan werden soll, wenn die Institutionen nicht oder nur langsam äquivalent ausgestaltet werden können. Die ökonomische Antwort ist klar: Dann soll die Personenfreizügigkeit keinesfalls aufgehoben und auch nicht mit Mengenvorgaben wie

Quoten und Kontingente eingeschränkt werden. Gegeben den Widerstand gegen eine unbeschränkte Personenfreizügigkeit zwischen stark ungleichen Regionen, ist es viel vorteilhafter eine Steuerung mit Zuwanderungspreisen durchzuführen. Zuwanderungspreise können direkt mit einer temporären finanziellen Abgabe für Neuzuwanderer oder indirekt mit einem zeitweiligen Ausschluss der Zuwanderer von gewissen Staatsleistungen, zum Beispiel im Bereich der Sozialhilfe, realisiert werden. Eine Zuwanderungsabgabe sollte nicht für den Akt der Zuwanderung erhoben werden, sondern sie müsste von der Dauer des Aufenthalts im neuen Wohnsitzstaat abhängen. Ideal wäre eine Art Tagesgebühr, die von jedem Neuzuwanderer für einige wenige Jahre mit der Einkommenssteuer erhoben würde. Ähnliches gilt für die Einschränkung von Sozialleistungen für Zuwanderer, die für eine gewisse Zeit gelten könnte, bis andere Ausgleichsmechanismen greifen. So würden die Zuwanderer einen Teil der von ihnen verursachten Überfüllungs- und Umverteilungseffekte tragen, was auch die Bereitschaft der Einheimischen stärken würde, Zuwanderer weiterhin willkommen zu heißen.

Der große Vorteil der Personenfreizügigkeit – dass Menschen frei und ohne bürokratische Behinderungen an dem von ihnen bevorzugten Ort ziehen können – bliebe bei Zuwanderungsabgaben genauso wie bei einer temporären Einschränkung von Sozialleistungen für Einwanderer weitgehend erhalten. Die aus asymmetrischen Wanderungsströmen erfolgenden Nachteile würden dadurch gemindert, dass die Wanderung sanft gesenkt und an die Orte gelenkt würde, wo die Überfüllungs- und Umverteilungseffekte klein sind. Zudem würden die Zuwanderungssteuern den von Zuwanderung besonders betroffenen Ländern Einnahmen bringen, was dort den Widerstand gegen die Personenfreizügigkeit sicher mindern und rechte Kräfte mit Zaum halten würde. Schließlich könnten sich die Empfängerländer sogar überlegen einen Teil der Steuereinnahmen oder der eingesparten Auslagen dazu zu verwenden, in den Auswanderungsländern den Aufbau äquivalenter Institutionen zu unterstützen, wovon langfristig alle Beteiligten profitieren könnten.

#### **Verweis auf Beiträgen der Autoren mit Bezug zu dem Thema:**

Eine ausführliche Analyse von Wanderungsgleichgewichten und der daraus folgenden Kapitalisierung von Standortvorteilen in den Bodenpreisen bietet

- David Stadelmann (2010): *Effects of Fiscal Policies on House Prices: New Evidence, Persistence, Consequences*. Nomos-Verlag, Baden-Baden.

Der Anreizeffekt auf die Politik von Zuwanderung wird am Beispiel der Kapitalisierung von Staatsschulden in den Bodenpreisen analysiert in

- David Stadelmann und Reiner Eichenberger (2012). Consequences of Debt Capitalization: Property Ownership and Debt vs. Tax Choice, *Southern Economic Journal*, 78 (3): 976-998.

Die Auswirkungen von institutionellen Bedingungen auf Wanderungsgleichgewichte und das Ausmaß der Kapitalisierung von Staatsschulden in den Bodenpreisen wird diskutiert in

- Reiner Eichenberger und David Stadelmann (2010). How Federalism Protects Future Generations from Today's Public Debts, *Review of Law & Economics* 6, 395-420.

Das Zusammenspiel von Zuwanderung und dritten knappen Faktoren wurde erstmals entwickelt in

- Reiner Eichenberger und David Stadelmann (2010). Zugisierung der Schweiz. *Finanz und Wirtschaft* 17.11.2010: 1.

Eine breitere Diskussion der Vorteile von Zuwanderungssteuern gegenüber Nicht-tarifären Wanderungsbeschränkungen bietet

- Eichenberger, Reiner (2015). Abgaben statt Kontingente. *Schweizer Monat* 1027, Juni 2015: 28-30.

Eine Analyse der Wirkung von hochqualifizierter Zuwanderung bietet

- Volker Grossmann und David Stadelmann (2013). Wage Effects of High-Skilled Migration: International Evidence, *World Bank Economic Review*, 27, 297-319.